

Amritsar trauen sich nach Anbruch der Dunkelheit nicht mehr auf die Straße, weshalb ihre Hindu-Kollegen die Chance nutzten und die Fahrpreise um 50 Prozent hochsetzten.

3264 Sikhs, die große Mehrheit junge Männer, wurden von der Armee eingefangen, 1785 von Sondergerichten abgeurteilt, vor denen der Angeklagte den Nachweis seiner Unschuld selbst zu erbringen hat.

Fast elf Monate war Sikander Singh, 37, einer der Dorfältesten aus Muradpur, im Gefängnis. Bei Übergriffen wütender Sikhs am Tage des Sturms auf den Goldenen Tempel waren zwei Hindus in seinem Dorf verletzt worden, die Sikander ins Krankenhaus von Taran Taran brachte.

Er hatte, anhand der Einlieferungspapiere, ein astreines Alibi, aber „jemand hatte beschlossen, daß ich im Goldenen Tempel verhaftet worden sei und dafür sitzen müsse“, sagt der Dorfälteste.

Sowohl in militärischen wie in zivilen Gefängnissen werden junge Sikhs gefoltert, behauptet der High-Court-Anwalt Gurdarschan Singh Grewal: „Folter ist im Pandschab ein Instrument der Regierungspolitik geworden.“ Es werde versucht, „den Geist der Jungen zu brechen“.

Über deren zunehmende Indien-Feindlichkeit berichtet ein Dorfschullehrer: „Wenn die Schüler in ihren Lesebüchern an die Stelle kommen, wo ‚Indien ist mein Land‘ steht, dann weigern sie sich, das laut vorzulesen.“

Vor dem Sturm auf den Goldenen Tempel, in dem der nahezu analphabetische Heilige Bhindranwale vom freien Sikh-Staat Khalistan kündete, waren nach Schätzungen von Experten vielleicht zehn Prozent der Jungen Anhänger separatistischer Ideen. Nun, glaubt einer von ihnen, „sind 80 Prozent der Leute unter 30 für Khalistan“.

Die mordenden Extremisten, die „Babbar Khalsa“ (Reine Löwen), erhalten Zulauf. Etliche der fanatischen Bhindranwale-Verehrer konnten beim Armee-Angriff auf den Goldenen Tempel entweichen. Sie sollen sich vorzugsweise in den Feldern an der Straße von Amritsar nach Taran Taran verborgen halten.

Für Mordanschläge, bei denen in den vergangenen vier Wochen führende Politiker der Kongreß- und der Hin-

du-Partei BJP getötet und verletzt wurden, erklärten sich die Babbars verantwortlich.

Mit dem Extremismus wächst der Bhindranwale-Kult, der nach den Worten einiger Radikaler gar nicht tot ist. Am 13. April, einem hohen religiösen Feiertag, barsten die Mauern des Goldenen Tempels fast von Slogans wie „Lang lebe Khalistan“, „Bhindranwale ist unsterblich“, „Die Reinen sollen herrschen“.

Anschließend zog die Gemeinde in einer Prozession durch die Straßen Amritsars, mit hoch erhobenen Kirpans (Schwertern), die zur Ausrüstung eines jeden strenggläubigen Sikh gehören.

Indira Gandhis Mörder Beant und Satwant Singh wurden von militanten Glaubensbrüdern als „Retter der Sikh-Gemeinde“ gefeiert.

Die Regelung der Probleme im Pandschab dürfte Radschiw Gandhis Feuertaufe werden: „Wenn der Pandschab explodiert“, warnt Kuschwant Singh, „so tut er das auf eine Art, wie sie das Land noch nie erlebt hat.“

Vergangene Woche wurden in den USA vom FBI sieben Sikhs verhaftet, die, so die Anklage, „gemeinsam konspiriert hatten, einen ausländischen Besucher zu ermorden“: Radschiw Gandhi, der Mitte Juni in die Vereinigten Staaten reisen will.

„Wir wollen in diesem Land bleiben“

SPIEGEL-Interview mit dem Sikh-Politiker Longowal

Sant Hartschand Singh Longowal, 52, ist der gemäßigte Führer der Sikhs. Vorletztes Wochenende trat er, unter dem Eindruck der Bombenanschläge in Nordindien, als Präsident der Sikh-Partei „Akali Dal“ zurück.

SPIEGEL: Sant Longowal, nach der Ermordung der Premierministerin Indira Gandhi durch zwei Ihrer Glaubensgenossen haben die Sikhs viel zu leiden gehabt. In der Hauptstadt Neu-Delhi allein wurden über 2000 Sikhs erschlagen, ihre heiligen Tempel brannten. Was empfinden Sikhs nach alledem?

LONGOWAL: Wir Sikhs haben das Gefühl, die Regierung will die Sikhs nicht in ihrem Land behalten. Aber wir wollen in diesem Land bleiben.

SPIEGEL: Sie haben das Vorgehen der indischen Regierung gegen die Sikhs mit Hitler und dessen Behandlung der Juden verglichen . . .

LONGOWAL: Das Vorgehen gegen die Sikhs hat bewiesen, daß es dieselben Methoden wie die Hitlers sind – erst hat sie die Sikhs verunglimpft, dann getötet.

SPIEGEL: Schließen Sie sich den Vorwürfen anderer Sikh-Führer an, daß die Greuel gegen die Sikhs nach dem Attentat auf Frau Gandhi von der Kongreßpartei geplant wurden?

* Mit Redakteur Sri Prakash Sinha, in Longowals Wohnung in Dschalandhar im Pandschab.



Sikh-Führer Longowal beim SPIEGEL-Interview*: „Die Armee muß abziehen“

LONGOWAL: Hinter allem steckte die Kongreßpartei.

SPIEGEL: Was erwarten Sie nun von einer Regierung, gegen die Sie so schwere Beschuldigungen vorbringen?

LONGOWAL: Die Regierung muß das Vertrauen der Sikhs wiedererwerben. Wenn die Kongreßpartei Indien liebt, ist das unabdingbar.

SPIEGEL: Premier Gandhi betont immer wieder, er wolle das Pandschab-Problem lösen. Glauben Sie ihm?

LONGOWAL: Nein, die Regierung meint es nicht ernst. Einerseits versucht sie den Eindruck zu erwecken, daß sie das Problem lösen will, andererseits schickt sie Polizei und Armee ins Land und sogar in den heiligen Komplex des Goldenen Tempels in Amritsar. Überdies ehrt sie jene Armee-Offiziere, die das Allerheiligste in unserem Tempel zerstört, die Sikhs ermordet haben.

SPIEGEL: Sie verlangen, daß die Zentralregierung in Neu-Delhi künftig nur noch für Verteidigung, auswärtige Beziehungen, Währung und Kommunikation zuständig sein soll, alles andere müsse Sache des Pandschab werden. Ist das nicht schon sehr dicht an der Forderung nach einem unabhängigen Khalistan?

LONGOWAL: Wir von der Akali-Dal-Partei haben zu keiner Zeit ein Khalistan gefordert oder die Idee auch nur unterstützt.

SPIEGEL: Der indische Präsident Sail Singh, wie Sie ein Sikh, könnte da vermitteln. Aber Sie beschimpfen ihn. Warum?

LONGOWAL: Dieser Mann hat die Verfassung mißachtet. In seiner Eigenschaft als Oberkommandierender der Armee hat er indische Soldaten in den Goldenen Tempel geschickt, um Bürger dieses Landes zu töten. Das war ein großes Unrecht. Er ist ein Verräter an einer Minderheitengruppe des Landes.

SPIEGEL: Der Präsident argumentiert, er sei nur das verfassungsmäßige Oberhaupt und habe sich leiten lassen vom Rat des Premierministers.

LONGOWAL: Er ist Oberkommandierender und somit verantwortlich für die Armee-Aktion.

SPIEGEL: Viele jugendliche Sikhs sind in Gefängnissen mehr oder minder verschollen, die Regierung hält sie für Terroristen, die Ordnungshüter belästigen deren Familien. Was können Sie für die Betroffenen tun?

LONGOWAL: Wir haben die Regierung aufgefordert, all diese Kinder, aber auch gefangene Frauen und Sikh-Soldaten, die nach dem Angriff auf unseren Tempel desertiert waren, bedingungslos freizulassen.

SPIEGEL: Was soll mit den Sondergerichtshöfen geschehen, die angebliche Sikh-Terroristen aburteilen?

LONGOWAL: Sie müssen auf der Stelle abgeschafft werden, die Armee muß aus dem Pandschab abziehen.

POLEN

Schön sauber

Jaruzelski wurde nicht Marschall, Walesa wurde nicht ermordet, der Sozialismus ist nicht stabilisiert.

Siebentausend Bauern aus der ganzen Volksrepublik feierten in jener Kirche, in der einst Priester Popieluszko predigte. Sie feierten den vierten Gründungstag ihrer Landwirtschafts-„Solidarität“, die längst verboten ist.

Sie forderten die Wiederzulassung ihrer Bauern-Gewerkschaft und Freiheit für die politischen Gefangenen.

Das Parlament beschloß neue Strafgesetze: Wer ohne Erlaubnis die Nationalhymne singt oder Flugblätter verteilt oder eine Fahne mit der Aufschrift „Solidarität“ trägt – wie es derzeit gang und



Sowjet-Freund Milewski
Mit 14 in der Roten Armee

gäbe ist – , wird ohne förmlichen Gerichtsprozeß mit einem Vierteljahr Haft oder einer Buße von vier Monatslöhnen bestraft.

14 Parlamentarier stimmten dagegen, 27 enthielten sich der Stimme.

Zur Begründung der Gesetze erläuterte Innenminister General Kiszczak, es gebe 300 illegale Gruppen in Polen und 1500 „erklärte Feinde des Sozialismus“, aber zuwenig Polizisten.

Noch ist die Krise im Land nicht überwunden, der Sozialismus nicht stabilisiert – das hatte Sowjetchef Gorbatschow am 27. April seinem polnischen Genossen Jaruzelski vorgehalten und ihm eine Frist von vier Monaten gesetzt, sonst müsse Moskau „neue Maßnahmen“ ergreifen und „Solidarität“ auf sowjetisch üben.

Besorgt um Jaruzelskis persönliche Zukunft, eröffnete die polnische Staatspartei eine Kampagne für seine Unabsetzbarkeit: Am 4. Mai erschienen im ganzen Land Dutzende Anträge von Par-



Jaruzelski-Freund Kiszczak
Zuwenig Polizisten

teizellen und Behörden, Kriegerverbänden und auch Bauernaktivisten „im Namen der gesamten Dorfbevölkerung“, den Parteichef, Regierungschef und General Wojciech Jaruzelski am 8. Mai zum „Marschall Polens“ zu befördern.

Und zwar in Anerkennung seiner militärischen Verdienste: „In einem für unseren Staat sehr schwierigen Augenblick“, hieß es in einer Resolution aus Allenstein, habe der General „die Verpflichtung übernommen, den sozialistischen Entwicklungsweg des Landes zu retten“.

Gemeint war das Kriegsrecht von 1981, das seine Freunde als Verhinderung einer Sowjet-Intervention werten, seine Opfer als „Sieg im Krieg gegen das eigene Volk“. So steht es auf einer von der Gewerkschaft „Solidarität“ im Untergrund geprägten Kupfermünze mit dem karikierten Bild eines Marschalls Jaruzelski.

Das Gedenkstück, Wert zehn Zloty (zwei Pfennig), kam zu spät auf den schwarzen Markt. Jaruzelski erklärte vor Kriegsveteranen noch am 4. Mai voller Bescheidenheit, seine militärischen Leistungen seien mit dem Rang eines Armeegenerals schon genug gewürdigt, als Parteichef brauche er „keine zusätzlichen Würden und Ehrungen“.

Genauso muß das Urteil der sowjetischen Verbündeten über die Rangerhöhung gelautet haben, nachdem sie über die geheimgehaltenen Vorbereitungen der Aktion Marschallstab Bescheid bekommen hatten – von dem Warschauer ZK-Sekretär Milewski.

Mirosław Milewski, 57, war ihr Vertrauensmann. Im Krieg diente er, Vollwaise, als „Regimentssohn“ mit 14 Jahren in der Roten Armee, bei der Gegenespionage „Smersch“ („Tod den Spionen“), später NKWD, der ihn 1944 in